

# „Kasernen“ für die Senioren

Politiker üben im Bauausschuss deutliche Kritik an Projekt der Lüwobau auf altem Schulgelände

us Lüneburg. Birte Schellmann (FDP) fühlte sich an eine Trutzburg, CDU-Ratsherr Eberhard Manzke an die Scharnhorstkasernen erinnert. Susanne Puschmann (Grüne) fand „die Kritik zum Teil berechtigt“, Klaus-Dieter Salewski (SPD) räumte ein, „auch zuerst erschrocken“ gewesen zu sein. Auch Christian Burgdorff vom Arbeitskreis Lüneburger Altstadt konnte dem Entwurf für die geplante Seniorenwohnanlage auf dem Gelände der ehemaligen St.-Ursula-Schule nicht viel abgewinnen: „Ein ziemlicher Klotz.“ Stadtbaurätin Heike Gundermann und Architekt Frank Plesse vom Lüneburger Architekturbüro Oldenburg und Plesse hatten einige Mühe, die Mitglieder des Bauausschusses von ihren Plänen zu überzeugen.

Wie berichtet, plant die Lüwobau GmbH auf dem Gelände zwischen Wall- und Ritterstraße eine Wohnanlage mit 35 seniorengerechten Wohneinheiten zu sozialverträglichen Mieten. Das U-förmig geplante Gebäude soll drei Vollgeschosse mit ausgebautem Dachgeschoss sowie eine Tiefgarage mit 31 Stellplätzen erhalten.

Der Zugang zu den Wohnungen in den beiden Obergeschossen soll über zwei im Innenhof vorgesehene Laubengänge erfolgen. 14 Meter wird das Gebäude in die Höhe ragen, 1,50 Meter mehr als die alte St.-Ursula-Schule. Der vorhandene Baumbestand soll er-



Trotz frostiger Witterung gehen die Arbeiten auf dem Areal an der Ecke Wallstraße/Rote Straße weiter. Die Lüwobau will hier Wohnungen für Senioren bauen.

Foto: us

halten bleiben, die Zufahrt zum Grundstück mit der künftigen Anschrift Ritterstraße 57 ist von der Ritterstraße vorgesehen, „die vorhandene Verkehrsführung wird nicht geändert“, sagt die Stadtbaurätin. Geändert aber wurde die geplante Ausführung der Fenster, „statt Kunststoff Holz. Die Stadt sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen“, findet Heike Gundermann.

Doch gerade das gute Beispiel wurde von vielen Ausschussmitgliedern vermisst. „Es ist eines unserer kostbarsten Grundstücke, direkt am Eingang zur Innenstadt. Diese besondere Situation sollte erkennbar sein“, gab Birte Schellmann zu bedenken. Sie empfahl eine stärkere Ori-

entierung „an den schönen Formen der Umgebung“ und eine Anpassung an das angrenzende Kutscherhaus. „So, wie es jetzt geplant ist, wird man uns das später um die Ohren hauen.“

Wenig Gefallen fand CDU-Mann Wolfgang Kuhn an den geplanten Laubengängen. Diese erinnerten ihn an die 70er-Jahre, „das aber beißt sich mit unserem Image als Touristenstadt“. Zudem befürchtet er, dass die Gänge als Abstellflächen für Müll und Unrat genutzt werden. Susanne Puschmann fand die Laubengänge wiederum „sehr hübsch“, erinnerte aber an ausreichend Platz für sich dort begehende Rollstuhlfahrer und Nutzbarkeit der Gänge auch bei

Schnee und Eis. Lüwobau-Projektleiter Henning Müller-Rost erklärte, dass man sowohl die Müllsituation im Auge behalten werde als auch die Begehbarkeit der Flächen. „Das ist unser täglich Brot.“

Auf Zustimmung stößt der Entwurf bei Klaus-Dieter Salewski. Der Bau sei zwar mächtig, er habe sich aber umgesehen und festgestellt, „auch in der Umgebung sind Klotze“. Heike Gundermann erinnerte daran, dass hier geförderter Wohnraum mit einer Mietpreisbindung in Höhe von 7 Euro pro Quadratmeter entstehen soll, „der aber nichts kosten darf“. Das allerdings schränke die Gestaltungsmöglichkeiten deutlich ein.

Architekt Plesse ging auf die Kritik an den Laubengängen ein, die er als „Kommunikationsmittel“ verstehe. „Wir wollen sie nicht als Nachteil begreifen, sondern sehen das als Chance“, sagte Plesse. Im Übrigen würden die vorgelegten Pläne den Gesamteindruck nicht optimal wiedergeben, räumte der Architekt ein, wofür er Kritik von Manzke erntete, der nicht nur die Schlichtheit der Vorlagen beklagte. Insgesamt sei er von dem Entwurf wenig begeistert: „Wir haben von der Lüwobau etwas anderes erwartet.“

„Ich kann Ihnen kein Schloss hinzaubern“, entgegnete die Stadtbaurätin. Die Alternative zu diesem Gebäude seien drei bis vier einzelne Häuser, die nicht nur höher ausgefallen wären, sondern auch städtebaulich nicht gewünscht gewesen seien. „Man spürt, dass für ganz kleines Geld gebaut werden soll“, warf Manzke ein. „Wir alle wissen, wo das in Lüneburg nicht gelungen ist. Das sollten wir vermeiden.“

Am Ende sagte Gundermann zu, die vortragenen Punkte mit den Projektpartnern zu erörtern. Beschlossen wurde in der Sitzung lediglich die Änderung des für das Grundstück aktuellen Bebauungsplans. Bislang war hier die Zweckbestimmung „Schule“ festgelegt, künftig ist ein „Mischgebiet sowie kleinflächig Grün- und Verkehrsflächen mit einem weitgehenden Erhalt des Baumbestandes“ vorgesehen.